

Freiheitliche Landtagsfraktion
Silvius-Magnago-Platz 6
I - 39100 Bozen (BZ)
Tel.: +39 0471 946158
freiheitliche@landtag-bz.org
freiheitliche@pec.prov-bz.org
die-freiheitlichen.com

An den
Präsidenten des Südtiroler Landtages
Herrn Dr. Josef Nogglar
Bozen

Bozen, den 25. Juni 2019

ANFRAGE

341/19

Polizeiliche Einsätze in Asylunterkünften

In Südtirols Aufnahmeeinrichtungen für Asylwerber leben Menschen unterschiedlichster Herkunft und Religion oftmals auf engstem Raum zusammen. Dieser Umstand birgt jede Menge Konfliktpotenzial und führt immer wieder zu Spannungen zwischen den Bewohnern, die schnell in Gewalt ausufern können.

Daraus ergeben sich folgende Fragen an die Landesregierung verbunden mit der Bitte um schriftliche Antwort:

1. Wie viele polizeiliche Einsätze bzw. Einsätze der Sicherheitskräfte wurden in den Jahren 2017 und 2018 in den Asylunterkünften und Unterkünften für Illegale in Südtirol registriert? Bitte um die Nennung der betroffenen Unterkünfte.
2. Was waren die Gründe für die Einsätze in den Unterkünften?
3. Wurden bei Polizeieinsätzen in Asylunterkünften Bewohner verhaftet? Falls ja, wie viele?
4. Wie viele Einsätze hatten strafrechtliche Konsequenzen für die auffällig gewordenen Bewohner zur Folge? Wie viele eine Abschiebung?
5. Sind in den letzten beiden Jahren Fälle bekannt, in denen Personal in den Unterkünften sexueller, körperlicher oder psychischer Gewalt von Bewohnern ausgesetzt war? Bitte um eine Auflistung.
6. Wurden Sicherheitskräfte bei Einsätzen in Asylunterkünften körperlich angegriffen? Falls ja: Gab es Verletzte?



L. Abg. Andreas Leiter Reber



L. Abg. Ulli Mair



**DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI**



Redatto da:
Nadja Schuster
Tel. 0471 41 82 64
Nadja.Schuster@provinz.bz.it

Freiheitliche Landtagsfraktion
Andreas Leiter Reber
Ulli Mair
Silvius Magnago Platz 6
feiheitliche@landtag-bz.org

Zur Kenntnis Präsident des Landtages
Josef Nogglar
Silvius-Magnago-Platz 6
dokumente@landtag-bz.org

Anfrage Nr. 341/2019 – Polizeiliche Einsätze in Asylunterkünften

Sehr geehrte Landtagsabgeordnete,

ich nehme Bezug auf die Anfrage Nr. 341/2019 und teile Folgendes mit:

- 1) Dem zuständigen Amt liegen keine Daten zu den einzelnen Einsätzen der Sicherheitskräfte vor. Grundsätzlich ist es so, dass die Strukturverantwortlich bei Selbst- oder Fremdgefährdung der untergebrachten Personen die Sicherheitskräfte sofort verständigen müssen. Außerdem können die Polizeibehörden jederzeit eine Einrichtung oder dort anwesende Personen kontrollieren. Zudem werden periodisch auch präventive Kontrollen durchgeführt, besonders in Hinblick auf möglichem Drogenbesitz. Die Polizeibehörden und die Gerichtsbehörden sind an und für sich nicht verpflichtet, die Einrichtung oder das Land über die Ergebnisse der Ermittlungen zu informieren.
- 2) Meist handelte es sich um Streitigkeiten zwischen den untergebrachten Personen oder mit dem Betreuungspersonal, manchmal um den Verdacht und/oder Besitz von Suchtmitteln.
- 3) Laut den uns bekannten Informationen hat es vorwiegend Anzeigen gegeben, in einigen wenigen Situationen wurden die Personen zur Überprüfung auf die Polizeistation gebracht und in zwei Fällen hat es Festnahmen gegeben.
- 4) Dem zuständigen Amt liegt diesbezüglich keine Information von Seiten der Gerichts- und Polizeibehörden vor.
- 5) Dem zuständigen Amt sind zwei Fälle bekannt, in dem der Polizei solche Vergehen gemeldet wurden, in Brixen und in Bozen. Dabei sind die Polizeibehörden wie gesagt nicht verpflichtet, die Einrichtung oder das Land über die Ergebnisse der Ermittlungen zu informieren.
- 6) Dem zuständigen Amt liegen diesbezüglich keine Informationen vor.



Mit freundlichen Grüßen

Dr.ⁱⁿ Waltraud Deeg
Landesrätin
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)